

Kölner Friedensforum  
Rolf Noack  
c/o Friedensbildungswerk Köln  
Obenmarspforten 7-11  
50676 Köln

An: Henriette Reker, Jörg Detjen, Andreas Kossiski

21.08.2020

## **Fragen an die Kandidat\*innen für das Oberbürgermeister\*innen-Amt in Köln**

*“Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“*

(2019 veröffentlichter Städteappell der Kampagne für eine Atomwaffenverbot (ICAN). Die Stadt Köln gehört zu den Unterzeichnern).

Sehr geehrte Kandidat\*innen für das Oberbürgermeister\*innen-Amt in Köln!

Es wird immer wieder behauptet, dass Außen- und Sicherheitspolitik nicht Aufgabe der Kommunalpolitik sei.

Die Erfahrungen von zwei von deutschem Boden begonnen Weltkriegen und die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren zeigen, dass die Zivilbevölkerung immer stärker Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen wird. 1982 gründete sich die internationale Organisation von Städten, die sich der Friedensarbeit, insbesondere der atomaren Abrüstung widmete. Seit 1985 ist Köln Mitglied dieses Bündnisses.

Bis heute sind in 163 Ländern über 7800 Städte organisiert. In Deutschland sind über 600 Städte im Bündnis „Mayors For Peace“ vertreten. Eine hohe Anzahl, die auch einen starken Druck auf die Außen- und Sicherheitspolitik ausüben kann!

Unsere Fragen zielen in diese Richtung - Wie könnte ein Engagement unseres künftigen Stadtoberhauptes in dieser Richtung aussehen?

Wir planen, die Antworten am 81. Jahrestag des Überfalls von Nazi-Deutschland auf Polen, am 1. September zu veröffentlichen und bitten daher um eine Antwort bis Montag, den

31.08.2020 an [Forstpeter82@gmail.com](mailto:Forstpeter82@gmail.com). Bei Fragen können Sie sich auch telefonisch unter 01783291379 melden.

Viele Grüße

Peter Förster für das Kölner Friedensforum

### **Unsere Fragen:**

1. Weltweit engagieren sich Menschen dafür, die Gefahr der atomaren Vernichtung zu besiegen und die die Zukunft der Menschheit zu sichern. Die Stadt Köln ist seit 1985 Mitglied der „Mayors for Peace“, der Bürgermeister für den Frieden, und hat im März 2019 den Städteappell für den Beitritt der BRD zum 2017 beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen unterzeichnet.

Die Bundesregierung weigert sich dagegen weiterhin, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, die Verteidigungsministerin will stattdessen Milliarden für die Anschaffung neuer atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge ausgeben. Weiterhin sind US-Atomwaffen in Büchel, circa 100 Kilometer von Köln entfernt, gelagert.

Was wollen Sie unternehmen, um von Köln aus weiter für eine Welt ohne Atomwaffen zu wirken?

Wollen Sie als Bürgermeister\*in für den Frieden zusammen mit dem Stadtrat dafür eingreifen, dass die US-Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden?

### **Antwort**

Als Kölner Oberbürgermeister werde ich meinen Einfluss u.a. über den Städtetag und dem SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) nutzen, um bei der Bundespolitik dafür zu werben, für eine atomwaffenfreie Welt stärker einzutreten. Gerade die in der Eifel stationierten US-Atomwaffen zeigen deutlich, wie nah diese Thematik für die Stadt Köln ist. Daher bin ich auch froh und dankbar, dass mit Rolf Mützenich und Norbert Walter-Borjans zwei Kölner Sozialdemokraten in Spitzenfunktionen sich in Berlin für den Abzug der US-Atomwaffen einsetzen und dieser Frage wieder bundesweite Aufmerksamkeit besorgt haben.

Hierfür müssen wir insbesondere in der Kölner Bevölkerung mehr werben und die Menschen, gerade die junge Generation, vor den Gefahren der atomaren Aufrüstung sensibilisieren. Hierfür werde ich mich gerne einsetzen.

2. Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft haben den Appell „Abrüsten statt Aufrüsten“ initiiert, den mittlerweile über 170 000 Personen unterzeichnet haben. Darin heißt es unter anderem:

*„Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.*

*Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“ (<https://abruesten.jetzt/>)*

Wie beantworten sie den Widerspruch zwischen der weiterhin forcierten Steigerung der Militär- und Rüstungsausgaben und dem Erfordernis einer auskömmlichen Finanzierung kommunaler Daseinsvorsorge?

Sehen sie sich in der Verantwortung in dieser bundespolitischen Frage einzugreifen?

### **Antwort**

Die SPD hat im Bund eine klare Richtung vorgegeben, für die ich sehr dankbar bin. Es kann nicht sein, dass wir in den Städten und Kommunen uns von Nothaushalt zu Nothaushalt retten müssen, viele Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können und statt den angesprochenen notwendigen Sanierungen der Schulen, dem Ausbau des ÖPNV oder der dringenden Schaffung von Wohnungen, um nur drei für Köln wichtige Punkte zu nennen, Flugzeugträger bevorzugt werden.

Als Oberbürgermeister der viertgrößten Stadt sehe ich mich da in einer großen Verantwortung, bundespolitisch stärker einzugreifen und sehe es als großen Vorteil an, einer Partei anzugehören, die sich seit Jahren im Bund durch verantwortungsbewusste Regierungsarbeit auszeichnet. Wir brauchen starke Kommunen, denn diese sind das Herz und die Basis unserer Demokratie, die sich zurzeit schlimmer Angriffe ausgesetzt sieht. Um dies sicherstellen zu können, braucht es finanziell starke und handlungsfähige Städte.

3. Die Stadt Köln hat erneut die Patenschaft für die „Korvette Köln“ übernommen und knüpft damit an die kolonialen und militaristischen Traditionslinien von den Kriegsschiffen der Kaiserlichen Marine und der Wehrmacht mit den Namen „Köln“ bzw „Cöln“ sowie die damaligen expansiven Kriegsziele an.

Was halten sie davon, einen Bruch mit dieser militaristischen Tradition zu vollziehen, die Patenschaft für das Kriegsschiff zu beenden und stattdessen eine Patenschaft für ein Schiff der Seenotrettung zu übernehmen?

### **Antwort**

Ich sehe keine Fortsetzung kolonialistischer Herrschaftspolitik durch den Einsatz von Marineschiffen, die auch der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung dienen.

Eine Patenschaft für ein Schiff der Seenotrettung durch die Stadt Köln halte ich aber für eine sehr gute Idee, die ich gerne als Oberbürgermeister aufnehmen werde. Ich bin froh, dass Köln sich den „Sicheren Häfen“ der Seenotbrücke angeschlossen hat.

Als Oberbürgermeister werde ich meinen Einfluss in der Bundespolitik gelten machen, damit die Kommunen ihre Hilfe, die sie leisten wollen und können auch umsetzen können, um die unmenschlichen Zustände in den Flüchtlingslagern zu beenden.

4. Aufgrund von breiten Protesten hat die KölnMesse 2016 die künftige Vermietung von Messehallen an die Militär- und Rüstungsmesse „ITEC“ abgesagt. Weiterhin findet aber in Köln Werbung für die Bundeswehr unter anderem auf Plakatwänden im öffentlichen Raum, der Computerspielemesse „Gamescom“ sowie auf der Bildungsmesse „Didacta“ statt.

Dies ist auch vor dem Hintergrund problematisch, dass Deutschland zu der Minderheit von nur 46 Staaten gehört, in der Minderjährige für den Dienst an Waffe angeworben und rekrutiert werden.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat ein seiner Empfehlung an Deutschland besorgt gezeigt über „verschiedene Werbekampagnen für die Streitkräfte, die insbesondere auf Kinder abzielen, sowie die Präsenz von Vertretern der Streitkräfte im schulischen Bereich, die mit Schülerinnen und Schülern sprechen und Aktivitäten organisieren“ und empfiehlt: „...dass der Vertragsstaat: a) das Mindestalter der Rekrutierung für die Streitkräfte auf 18 Jahre festlegt b) alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen, verbietet...“ (<https://www.tdh.de/fileadmin/>)

Die Plakatwerbung basiert auf Verträgen der Stadt Köln mit bspw. der Ströer-Gruppe und erfolgt oft im unmittelbaren Umfeld von Kinder- und Jugendeinrichtungen.

Wie stehen sie zur Rekrutierung Minderjähriger sowie der Beteiligung der Bundeswehr an der Gamescom und der Bildungsmesse „Didacta“ und was gedenken Sie zu tun, um den Empfehlungen des UN-Ausschusses gerecht zu werden?

### **Antwort**

Es stimmt nicht, dass Minderjährige zum Dienst an der Waffe herangezogen werden. Richtig ist, dass junge Menschen unter 18 Jahren nach ihrem Schulabschluss auch die Möglichkeit haben, bei der Bundeswehr eine Ausbildung anzufangen. Diese schließt, solange sie minderjährig sind, den Dienst sowie Ausbildung an der Waffe aus. Es ist gut, dass die Bundeswehr eine Bürger\*innen-Armee ist. Dies gilt es zu fördern und zu stärken, um gerade rechtsextremen Tendenzen in der Armee entgegenzutreten zu können. Zivilrechtlich ist ein Werbeverbot für die Bundeswehr wahrscheinlich schwierig durchzusetzen, aber ich werde diese Möglichkeit mitnehmen und prüfen lassen.

5. Wie sollte die Stadt Köln darüber hinaus Abrüstung, Frieden und Völkerverständigung stärken?

### **Antwort**

Köln hat viele wunderbare Städtepartnerschaften, welche von der Stadtspitze leider in den letzten Jahren zu wenig gewürdigt und gepflegt wurden. Hier muss die Stadt Köln viel mehr investieren und zusammen mit den Schulen und den Vereinen den internationalen Jugendaustausch stärker fördern. Denn beim Verständnis für die anderen Kulturen und Menschen aus anderen Ländern fängt für mich die Völkerverständigung an. Meine Frau ist Italienerin, Teile meiner Familie leben in Brasilien und ich bin Mitglied im

Städtepartnerschaftsverein Köln-Rio. Direkter und gelebter internationaler Austausch ist für mich selbstverständlich und seit langem ein wichtiger Bestandteil meines Lebens.